

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Raben & Komp., Nr. 20/18.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:
Sebr. Knaub, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Postgebühren monatlich 2,00 M. Durch
den Postbezugsstellenpreis 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 8,00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunden von 12 bis 1 Uhr.
Verwaltung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Wochenausgabe von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7spaltige Normalzeile 50 Pf., darauf 40 Prozent
Zerlegungspulver, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Postgeb.).
Interate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme von
getriebenen Texten kann nicht übernommen werden. Für Verfehlungsgang 20 Pf.

Nr. 179.

Dresden, Mittwoch den 6. August 1919.

30. Jahrg.

Ein neuer König von Ungarn?

Die ungarische Krone.

Der kürzlich durch die Blätter, Pölla
gen habe versucht, die alte ungarische Königskrone
in einem Bündnisvertrag zu „verkaufen“. Er glaubte,
das Land könne sie künftig erheben. Nun aber kommen
Gerüchte aus Ungarn, die Zigeunerregierung habe dem
König Ferdinand von Rumänien die ungarische
Krone angeboten. Dadurch würden allerdings das große
Truppenangebot der Rumänen und auch der bevorstehende
Einzug Ferdinands in Budapest ihre Erklärung finden. Die
Rumänen sehen einem neuen Herrscher „von Gottes Gnade“
heimwärts mit Freuden entgegen. Vielmehr herrscht in der
Bevölkerung große Erbitterung.

Blutige Gewalttaten gegen Arbeiter.

Die „Ungar. Post“ meldet: Die Gerüchte über Aus-
breitungen des rumänischen Militärs bewahrheiten
sich. Die rumänischen Soldaten verüben in den Vororten von
Budapest viele Gewalttaten. Sie gebrauchen beim ge-
eigneten Anlaß Schußwaffen. In Zuga, einem von
Arbeiter bewohnten Viertel, sprengte rumänisches Militär um
11 Uhr abends die Gasleitung ab. Die Arbeiter, die um diese Zeit
aus den Vororten nach Hause gehen wollten, wurden nicht durch-
gelassen. Als einige Arbeiter versuchten, die Gasleitung zu
überqueren, wurden sie durch Gewehrfeuer getötet. Die
Zahl der Toten konnte nicht festgestellt werden, da
die Rumänen niemand zu den Leichen ließen.

Internationale Truppenschau in Budapest.

30000 Rumänen sind mit klingendem Spiel in Buda-
pest eingetroffen. Alle Autos wurden beschlagnahmt, sämtliche Tele-
phonzentralen, das Hauptpostamt, die Bahnhöfe und öffentlichen Ge-
bäude besetzt. Am Montag sperrten die Rumänen ferner die Verbin-
dungsbrücke und ließen keinen Zug passieren. Infolge dessen wurde
am abends 10 Uhr die Wiener Zug zurückgehalten. Durch den
rumänischen Vormarsch ist die Lebensmittelversorgung der ungarischen
Bevölkerung fast unmöglich gemacht. Wie verlautet, steht der Einzug
des rumänischen Königs bevor. Das Neue Wiener Tagblatt meldet,
daß zur Sicherung eines einheitlichen Vorgehens der Regierung an-
sichts der schwierigen Lage in Budapest ein dreigliedriges Direk-
torium aus zwei bürgerlichen und einem sozialistischen Mitglieder
gebildet werden wird.

Kürher den Rumänen erwartet man noch andere militärische Erfolge
in Budapest. 2500 Franzosen kommen von der Siegedöner Front,
englische Truppen sollen nach einem Bericht der freien Presse von
Hunne her unterwegs sein. Die Kavallerie des Ungarn steht im
bekanntesten. In großen Scharen werden sie mit Gewehren und
Brennmaterial in die Städte, um der Bürgerwehr in ihrem Kampf
gegen die Bolschewisten zu helfen. Wie als bolschewistisch verdäch-
tigt Personen werden verhaftet und sobald sich herausstellt, daß sie
Republikaner begangen haben, werden sie sofort gehängt. Auf diesem
Todesmarsch wurden bisher etwa 100 Personen getötet. Die
rote Armee dagegen soll nach einer Note des Chefs der Budapest-
er Polizei Oberleutnant Romanowitsch sofort entlassen und das ungar-
ische Heer auf die im Balkenbühnenvertrag vom 13. November 1918
festgelegte Stärke gebracht werden.

Die ungarische Blockade aufgehoben.

Der Oberste Rat der Alliierten teilt nicht die Be-
denken, die von mancher Seite gegen die neue ungarische Regierung
erhoben werden und diese als eine markierte Fortsetzung der bolsche-
wistischen Herrschaft bezeichnen. Es wurde daher auch auf Antrag des
amerikanischen Lebensmittellieferanten die Blockade über Ungarn
aufgehoben. Der Präsident behält sich jedoch vor, die Blockade
wiederherzustellen, falls die innere oder äußere Lage Anlaß zu
Bedenken geben würde.

Deutschösterreichs Antwortnote.

Staatssekretär Renner überreicht heute, Mittwoch, der
Friedenskonferenz die österreichische Antwort auf den Friedens-
entwurf und verläßt dann auf acht Tage St. Germain,
um ihm der größte Teil der Delegation. Die Note bezieht sich
auf die Hauptpunkte der Einwendungen gegen die
Friedensbedingungen zusammenzufassen und grundsätzliche
Forderungen darzulegen, an denen die Delegation fest-
halten müsse, falls Deutschösterreich nicht zusammenbrechen.
Die Note tritt nochmals für die gerechten Gebiets-
ansprüche Deutschösterreichs ein und legt in klarer und
überzeugender Weise die tatsächlichen finanziellen und wirt-
schaftlichen Bestimmungen auseinander. Als Beilage zur Note
erläßt der Oberste Rat Denkschriften und Bemerkungen zu den
einzelnen Bestimmungen, die die Gegenentwürfe in end-
gültiger Fassung nochmals vorbringen.

Marburg und das Braunschweig haben an den Delegierten
auf der Friedenskonferenz Dr. Kammerer ein Telegramm geschickt,
in dem sie bitten, nach in letzter Stunde das mögliche zu versuchen,
um die Verhältnisse beim Vaterland Teutoburg durchzu-
setzen. Die gewaltsame Auflösung der Gemeindevorstellungen des
Braunschweig und Marburgs werde sie nicht hindern, gegen die Ver-
einigung Widerstand zu leisten.

Bogrome in der Ukraine.

Der Korrespondent der Times in Warschau meldet furcht-
bare Einzelheiten über große Judenbogrome in der
Ukraine. Die gegen die kommunistischen Kommissare Er-
bitterten nahmen den Umständen, daß eine Anzahl der Kom-
missare Juden sind, zum Anlaß, unter der jüdischen Be-
völkerung zu morden und zu plündern. Sie trugen Schilder
mit der Aufschrift: „Tod den Juden! Rettet Rußland!“ In
Schitomir sollen 1200 Juden, in Kasa 600, in
Kielzsin 900, in Kattow und Werbetzschew 2000
Juden ermordet worden sein.

Lenins Friedenswille?

In einem Interview, das radiotelegraphisch
gesandt wurde, erklärte Lenin dem Berichterstatter der
United Press seine Bereitwilligkeit zu einem Frieden mit
Polen und zur Anerkennung sämtlicher aus-
ländischer Schulden Rußlands unter der Bedingung,
daß der Friede wirklich unterzeichnet und von den fünf
Großmächten bestätigt werde. Wir geben diese von Zeit
zu Zeit immer wiederkehrende Nachricht mit allem Vorbehalt
wieder. Immerhin ist möglich, daß Ungarns Fall Lenin
stark bewegt hat. Scheint doch auch die Bedrohung der
Sowjetrepublik durch Polens Heere zu wachsen.

Rußlands Pläne.

Nach der Jowestija plant der Admiral die Vereinigung
mit den Engländern auf der Front Kasanowitsch-Rassala, um
gegen den Kraliew und weiter nach China und Buchara vor-
zudringen. Dadurch würde die transkaspiische Rote Armee von
zwei Seiten gefaßt werden, vorausgesetzt, daß China und
Buchara sich auf die Seite der Engländer schlagen. Daselbe
Schicksal bedroht Lachent. Nicht berührt wird durch diese
Pläne der Abtransport der englischen Truppen aus Nordrup-
land. Der General Rawlinson hat sich von London dorthin
eingeschifft, um die Räumung des Gebietes von den Engländern
zu überwachen.

Ein Beispiel.

Der Lokal-Anzeiger meldet: Nach einem amtlichen
Telegramm aus Rom haben die italienischen Eisen-
bahndienststellen telegraphisch dem Ministerpräsidenten
mitgeteilt, daß sie bereit seien, täglich eine Stunde länger
Dienst zu tun, um zu einer Vermehrung der
Nationalproduktion beizutragen.

Von Polen abgeschossen.

Das in Schlesien abgeschossene Flugzeug war Eigentum
der Deutschen Luftverteidigung. Es ist von polnischen
Grenztruppen abgeschossen worden. Es befand
sich auf seiner ersten Reise im Auftrag der ukrainischen
Regierung, die das Flugzeug gechartert hatte. Der
Flug wurde von Breslau aus unternommen und sollte nach
Kohlen führen. Der Maschinenapparat war vor dem Aufsteig
sachgemäß geprüft worden und hatte sich als durchaus betriebs-
fähig und zuverlässig erwiesen. Aus diesem Grunde erwichen
es fast augenblicklich, daß das Flugzeug das Opfer eines
Betriebsunfalls geworden sein sollte.

Der Rücktransport der deutschen Kranken Kriegsgefangenen.

Berlin, 7. August. Wie die V. P. A. erfahren, sollen
die deutschen Kranken oder schwerverwundeten Kriegsgefangenen
durch Vermittlung des französischen Gouvernements über die
rheinischen und lothringischen Eisenbahnen zurückgeführt
werden. Es ist beabsichtigt, Köln und Kattast als Ueber-
gangsstationen zu bestimmen. Mitteilung über den Beginn
der Transporte wird noch erfolgen.

Besichtigungen deutscher Fabriken durch alliierte Kontrolloffiziere.

Berlin, 6. August. (Eigene Drahtung.) Von Seiten der
deutschen Regierung ist Klage darüber gerichtet worden, daß eine An-
zahl Firmen im besetzten Gebiet einer Kontrolle durch die feindliche
Konfiskationskommission unterworfen werde, gegen die leitend der Beteiligten mit
Recht auf das entsprechende protestiert wird. Es erwidern in den
Fabriken von Ludwigshafen und Oppau Hochschulpflichtige,
Chemiker, Ingenieure, Industrielle, Arbeiter usw., die
Anghörige eines Staates der alliierten Regierungen sind, in
Zwei und verlangen mit Ermächtigung der Wirtschaftsabteilung der
deutschen Regierung Besichtigungen und Kontrollen
sachgemäß. Diese Besichtigungen sind trotz der Stellungnahme der deutschen
Regierung noch nicht abgestellt worden. Die Besichtigungs-
kommission erhebt die ernstlichen Vorstellungen gegen diese in un-
angenehmster Form betriebene Handlung, die mit den Be-
dingungen des Waffenstillstandsvertrages, der eine vollständige Be-
legung vorsieht, in flagrantem Widerspruch steht.

Mißbrauch des kommunistischen Manifestes.

Wenn man die kommunistischen Parteien heute den linken
Flügel der Unabhängigen der von ihnen kaum zu scheiden ist, in
ihren Taten und Schriften fort, so erklären sie sich mit Vorliebe
für die alliierten geistigen Arbeiter und Schüler von Marx und
Engels. Sie kennen das kommunistische Manifest angeblich aus-
wendig, es ist ihr Programm, und sie nennen sich noch immer, weil
Kommunisten sozialistischer Dinge wie Sozialisten und angeblich auch
eine radikalere Richtung bezeichnen. Aber das ist nicht, wenn dem
meist zu Entzweien, daß ihre Konzeption wirklich nicht aus-
wendig ist, denn ein solcher Unterschied besteht nach der Meinung
der Verfasser selber gar nicht. In der letzten Ausgabe vom Jahre
1890 sagt Engels ausdrücklich, man habe sich bei der Abfassung
Kommunisten genannt, weil damals, 1847, das Wort Sozialismus
einen recht unbestimmten, unpräzisen Sinn besaß, und für
den „politisch entscheidenden, immer weiter wachsenden Teil der
Arbeiterpartei aller Länder“ ein passenderer Name nicht zu
finden war. Aber wie Marx und Engels in den Worten von
den Sozialisten und Ueberzeugungen des kommunistischen Mani-
festes immer wieder erklärt, daß sehr vieles in der Programm-
und Agitationschrift von 1847 bezaltet sei, so haben sie sich später
immer Sozialisten genannt, ganz gewiß aus der Ueberzeugung
heraus, daß der alte Name zu großen Mißverständnissen führen
müsse oder könne. Schon im Manifest selber verwarfen sie sich
ja gegen die ihnen vorgeworfene Arbeiterpartei und die
Abfassung des Eigentums; in letzterer Beziehung erklären sie
ausdrücklich, daß sie nur das bürgerliche Eigentum abschaffen
wollten — und dieses ist ihnen gleichbedeutend mit dem zur
Bestandnahme des Eigentums, dem Kapital.

Das kommunistische Manifest erklärt offen, daß die Forderung
der Kommunisten nur erreicht werden können durch den gewalt-
samen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsverhältnisse. Aber im
Laufe der englischen Vergangenheit 70 Jahre nach der größte Teil
der Sozialisten zur Ueberzeugung gekommen, daß man durch die
politische Arbeit des vierten Standes allmählich in den soziali-
stischen Gesellschaftsformen hinüberzuleiten werde, wenn auch
natürlich nicht ohne gewisse Kämpfe. Die Kommunisten nan-
den sich auf den gewalttätigen Umsturz des 8. November 1918,
der die Gewalt in die Hände des Proletariats gebracht habe, die
man entsprechend angewendet werden müsse. Aber in Wahrheit
war jenes gar kein gewalttätiger Umsturz, sondern ein
ruhiges Hinübergehen der Regierungsgewalt
in die Hände des Gesamtvolkes (nicht nur des Prole-
tariats), als die bisherige Stütze des Regimes, das Meer, zu-
samnenbrach. Es wäre auch gekommen, wenn die Arbeiter zu
viel gekämpft hätten — vielleicht besser. Vor allem aber war die
Revolution von 1918 gar keine soziale Revolution, wie die Kom-
munisten behaupten, sondern nur eine politische, die dem Volke
erst die Demokratie brachte — nicht durch eine Diktatur des
Proletariats, sondern ganz selbstverständlich als einer Forderung
der großen Majorität des Gesamtvolkes, die, wie man leider ge-
sehen, keineswegs mit den Sozialisten identisch ist.

Jetzt soll nun auf der Grundlage der Demokratie erst die
richtige Arbeit für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft
beginnen, die Menschheit für diese Gesellschaft reif gemacht werden.
Das ist, wie die meisten politischen Streiter bemerken, gar nicht leicht
zu machen. Was soll uns hierbei die Diktatur des Proletariats,
diese viel misshandelte Phrase helfen? Dieser Julian Benda nur
vermerken, die Fortschritte der Gesellschaft hören, wie sie England
und Ungarn in Gestalt des Sozialismus ruiniert hat. Eine
politische Revolution kann Katastrophe sein — wenn man den
8. November eine politische Katastrophe nennen will, haben wir
nichts dagegen —, aber eine soziale Umgestaltung kann nur
evolutionistisch sein, heute noch weit mehr als vor 70 Jahren, denn
menschlichen hat sich der gesellschaftlich-wirtschaftliche Standpunkt
noch außerordentlich vermindert. Auch Marx und Engels haben
keine Politik der menschlichen Ueberwindung getrieben. Selbst nachdem sie
sich die politische Ummäuerung als katastrophal dargestellt, haben sie
die Ummäuerung der bürgerlichen Gesellschaft in die sozialistische
nur als noch und noch erfolgend dargestellt.

Im Kapitel „Proletariat und Kommunisten“ heißt es im
Kommunistischen Manifest wörtlich: „Der nächste Zweck ist derselbe
wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Prole-
tariats zur Klasse, Erzug der Bourgeoisieherrenschaft, Eroberung der
politischen Macht durch das Proletariat.“ (So wäre wären wir ja,
wenn das Proletariat in seiner Gänge vernünftig wäre.) Nach
Ueberzeugung einiger bürgerlicher Sozialisten heißt es dann: „Wir
haben oben daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die
Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Bekämp-
fung der Demokratie ist (also nicht die Diktatur). Das Proletariat
wird keine politische Herrschaft dazu brauchen, der Bourgeoisie
nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktions-
instrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende
Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren.“ Es ist dann
amar weiterhin noch von bürgerlichen Eingriffen in das Eigen-
tum und die bürgerlichen Grundbesitzverhältnisse die Rede,
aber es ist darunter ausdrücklich nichts Schlimmeres vorgehellt,
als noch heute in dieser Beziehung geschieht, wofür auch die dann
vorgeführten nächsten Beispiele sprechen. Zu diesen gehört
vor allem eine solche Verstaatlichung und die Abschaffung des
Eigentums, voraus ist aber ersichtlich, daß an eine soziale
„Ummäuerung“, an eine Revolution aller Produktionsmittel
mit keinem Atem gedacht ist, denn wer soll eine solche Verstaatli-
chung bewirken, wenn aller Besitz in die Hände des Staats über-
gegangen? Und wer hat dann noch etwas zu verlieren? Es sind
hier also gleichfalls nur an ein „nach und nach“ gedacht sein und
dann, daß dem noch nicht sozialisierten Kapital, durch alle
Zentren der großen Teil, die geschickten Arbeiter abgenommen
werden soll. Auch die folgende Forderung: „Abkündigung des
Eigentums aller Grundbesitzer und Arbeiter“ zeigt, daß keineswegs
alles Eigentum konfisziert werden soll, und die weiteren Forderungen
„Vermehrung der Nationalfabriken“, nach heutiger Ausdeutung